

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge, Fernsprecher 53. Für unerlangt eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 297

Sonnabend, den 21. Dezember 1918

13. Jahrgang

Die Franzosen verweigern eine Milderung der Blockade.

Haß.

Warum mahnen wir mit Menschen- und mit Engelsen, beim Wahlkampf sachlich, wahr und nochmals sachlich zu bleiben? Nicht aus Furcht vor den harten Werben unserer Wählerinnen, die zum ersten Male diesen Wahlkampf mit durchsetzen müssen. Obwohl wir uns viel Beruflichkeit von den Frauen und Mädchen versprechen, obwohl wir hoffen, daß auch in die Politik mit den Frauen ein neuer, ein besserer Ton eingeleitet wird. Aber das wären nur kleine Gründe.

Nein, es handelt sich darum, den Haß ein für allemal auszurotten. Er war im alten Staate gerechtigt, wurde genährt und geschürt, denn jede Unberücksichtigung, jede Hintanhaltung erzeugt Haß. Und darum ist es gut, daß das Proletariat sich befreit hat, nie wieder soll es geketlet werden und soll lernen, seinen Haß zu vergessen.

Wir Bürgerlichen haben es leichter, wahr ist es, wir haben es an Biele fehlen lassen, aber gesagt haben wir den Proletariet nie, wenn wir ihm auch die Stellung im Staate vielfach verweigert, die ihm zukam.

Nieder mit dem Haß! Nicht weil wir für uns die Sache des Proletariats fürchten, sondern weil es gilt, den neuen Staat zu bauen, weil es gilt, die Gerechtigkeit auf den Thron der Macht zu heben. Nicht die Strafe, sondern die liebende Gerechtigkeit.

Bauen wir denn unseren Staat, das Haus, in dem wir alle leben wollen, für heute, für die nächsten Monate? Nein, es muß ewige Dauer haben. Darum gerade dürfen Vergeltung, augenblickliche Vergeltung keinen Platz an ihm haben. Gewiß ist das Volk erbittert auf diejenigen, die gepörrt und geschmeilt haben, während es hungern und darben mußte, — aber wir wollen doch alle hoffen, daß bald die Zeit kommt, wo wieder jeder Deutsche satt zu essen hat, für diese Zeiten müssen wir bauen, für die Zeiten der Arbeit und des Aufstieges, nicht für die Zeiten der Not.

Nach diesen Kriegsjahren, wo unsere Feldgrauen einträchtig zusammen Unmögliches erduldet haben, da darf keiner zweifeln, daß jedem Deutschen jeder Deutsche näher steht, als Ainer, der seine Sprache nicht spricht. Auf unser Deutschium wollen wir uns besinnen, an unser Vaterland wollen wir denken, ihm wollen wir alles opfern, — sogar unsere Erbitterung und unseren Begehrhungshunger.

Und wir sind auf gutem Wege. Die beiden größten Parteien, diejenigen, die den stärksten Anteil, die Leitung des Neubaus zu übernehmen haben werden, die Mehrheitssozialisten und die Deutschen Demokraten achten ineinander den ehrlichen Gegner, begrüßen ineinander den Wagnossen. Ihre Weltanschauungen sind verschiedene, und aber sie wird noch viel gekritten werden, es wird wohl auch ebensowenig zur Einigung dabei kommen können, wie z. B. zwischen Protestanten und Katholiken. Aber wie auch diese beiden „Christen“ sind und sich als solche anerkennen gelernt haben, so verbindet die Mehrheitssozialisten und die Demokraten die Liebe zum ganzen Volk. Darum aber auch Kampf gegen die Liebfnecht, Kampf gegen die Reaktionen, nicht gegen die Volksgenossen in ihnen, aber gegen die Haß- und Hinterlistschürer! — Wegen die Freunde der Gewalt, gegen die Feinde der Gerechtigkeit!

Daß erzeugt wieder Haß, solange, bis er nicht ausgerottet ist, wer Haß predigt, hat keinen Raum im neuen Deutschland; wer Hinterlist ist, vergrößert das Unglück, das uns betroffen, statt es zu mildern; wer nach Rache schreit, reißt die Wunden des Krieges auf und streut Pfeffer hinein, statt sie zu verbinden! Darum nieder mit Haß, Hinterlist und Rache. Wir wollen das neue bessere Deutschland!

Wir Bürgerlichen haben es leichter, wahr ist es, wir haben es an Biele fehlen lassen, aber gesagt haben wir den Proletariet nie, wenn wir ihm auch die Stellung im Staate vielfach verweigert, die ihm zukam. Nieder mit dem Haß! Nicht weil wir für uns die Sache des Proletariats fürchten, sondern weil es gilt, den neuen Staat zu bauen, weil es gilt, die Gerechtigkeit auf den Thron der Macht zu heben. Nicht die Strafe, sondern die liebende Gerechtigkeit. Bauen wir denn unseren Staat, das Haus, in dem wir alle leben wollen, für heute, für die nächsten Monate? Nein, es muß ewige Dauer haben. Darum gerade dürfen Vergeltung, augenblickliche Vergeltung keinen Platz an ihm haben. Gewiß ist das Volk erbittert auf diejenigen, die gepörrt und geschmeilt haben, während es hungern und darben mußte, — aber wir wollen doch alle hoffen, daß bald die Zeit kommt, wo wieder jeder Deutsche satt zu essen hat, für diese Zeiten müssen wir bauen, für die Zeiten der Arbeit und des Aufstieges, nicht für die Zeiten der Not.

Nach diesen Kriegsjahren, wo unsere Feldgrauen einträchtig zusammen Unmögliches erduldet haben, da darf keiner zweifeln, daß jedem Deutschen jeder Deutsche näher steht, als Ainer, der seine Sprache nicht spricht. Auf unser Deutschium wollen wir uns besinnen, an unser Vaterland wollen wir denken, ihm wollen wir alles opfern, — sogar unsere Erbitterung und unseren Begehrhungshunger. Und wir sind auf gutem Wege. Die beiden größten Parteien, diejenigen, die den stärksten Anteil, die Leitung des Neubaus zu übernehmen haben werden, die Mehrheitssozialisten und die Deutschen Demokraten achten ineinander den ehrlichen Gegner, begrüßen ineinander den Wagnossen. Ihre Weltanschauungen sind verschiedene, und aber sie wird noch viel gekritten werden, es wird wohl auch ebensowenig zur Einigung dabei kommen können, wie z. B. zwischen Protestanten und Katholiken. Aber wie auch diese beiden „Christen“ sind und sich als solche anerkennen gelernt haben, so verbindet die Mehrheitssozialisten und die Demokraten die Liebe zum ganzen Volk. Darum aber auch Kampf gegen die Liebfnecht, Kampf gegen die Reaktionen, nicht gegen die Volksgenossen in ihnen, aber gegen die Haß- und Hinterlistschürer! — Wegen die Freunde der Gewalt, gegen die Feinde der Gerechtigkeit! Daß erzeugt wieder Haß, solange, bis er nicht ausgerottet ist, wer Haß predigt, hat keinen Raum im neuen Deutschland; wer Hinterlist ist, vergrößert das Unglück, das uns betroffen, statt es zu mildern; wer nach Rache schreit, reißt die Wunden des Krieges auf und streut Pfeffer hinein, statt sie zu verbinden! Darum nieder mit Haß, Hinterlist und Rache. Wir wollen das neue bessere Deutschland!

Schlußnahme der Reichskonferenz der U. und S.-Räte in Berlin.

Die Sozialisierung.

In der gestrigen Schlußnahme der Reichskonferenz der U. und S.-Räte in Berlin stand ein Antrag zur Beratung, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die dazu nötigen Betriebe und die Bergwerke un- verzinslich zu verstaatlichen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ebenso angenommen

wurde ein Antrag auf Bergarbeitermindestlöhne und Achtstundentag bis zur Wiederaufnahme der Ein- und Ausfuhr. Angenommen wurde ein zurückgestellter Antrag: 1. In den Garnisonen wird die militärische Kommandogewalt im ständigen Einkommen mit der militärischen obersten Kommandogewalt von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten ausgeführt. 2. Militärische Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von den Trägern der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnison erledigt.

Redebour: Wir haben nichts gegen ein Zusammenarbeiten mit der sozialdemokratischen Partei, eine Verschmelzung ist aber nicht möglich nach der Ueber-rumpelung durch den Antrag Rademann. (Rufe: Leben Sie nicht so dummi! Große Lärme.)

Volksbeauftragter Siedemann (mit tosendem Begrüßungsbeifall von der Mehrheit und unglaublichem Lärm von den Gegnern empfangen): Die Rede Redebours bedeutet eine neue Zuspitzung der gegenseitigen Abneigung. Für die Arbeiterbewegung ist nichts gewonnen. Anstatt den Kapitalismus zu bekämpfen, bringen Sie die Arbeiterbewegung auseinander. Die Antwort, die Sie von mir nicht hören wollen, werden Sie am 19. Januar bekommen. (Brausender Beifall. Unhaltender, stürmischer Lärm.)

Frau Deut Der beste Beweis für die neue Zeit ist die Tatsache, daß ich hier das Wort ergreifen kann. Die Frauen müssen in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen aufgeföhrt werden. (Bravo.)

Ein Antrag verlangt Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetregierung. Dieser Antrag wird der Regierung überlesen.

Damit ist das Ende des Kongresses erreicht. Vorsitzender Heinert: Die Fortführung und Sicherung der Revolution ist erreicht durch den Zentralrat und die Festlegung des Termins für die Nationalversammlung. Große Sachlichkeit hat hier gewaltet. War Einmütigkeit auch nicht da, so sind wir uns im Ziele doch einig. Wir wollen verhindern, daß über die Errungenschaften der Revolution der imperialistische Kapitalismus Englands, Frankreichs oder Amerikas triumphieren kann. Wir wollen Deutschland frei-machen von allen Bedrückern des In- und Auslandes. Ich bitte Sie, einzustimmen in den Ruf: Das revolutionäre sozialistische Deutschland lebe hoch! (Die Versammlung stimmte in den beschriebenen Ruf ein.) Ich schliesse den Kongress. (Lebhaftes Händeklatschen.)

Nationalversammlung und Räteystem. Die „D. Z. am Mittag“ schreibt: Gegen die Nationalversammlung ist das Räteystem ausgedehnt worden; aber eben diese Räte, eine einseitige Massenvertretung nach dem Wunsche der strengsten Radikalen, haben demokratische Weisheit bewiesen, das gleiche politische und menschliche Recht allen Volksgenossen zuerkannend, und sie haben damit einen hohen Beweis des deutschen Gemeinbewusstseins erbracht. Sie haben erkannt, daß der Staat, die Gemeinschaft, nur das Glück, die Wohlfahrt der Menschheit zum Ziel haben kann. Sie haben auch erkannt, daß es bei entwickelten, denkenden Völkern kein Glück, kein Gedeihen ohne Betätigung ihres eigenen Willens geben kann. Mit übermächtiger Mehrheit ist die Nationalversammlung dem Rätekongress beschloffen worden, mit solcher Mehrheit, daß Gewaltstreich der Spartakusgruppe gegen die Wahlen und gegen den Zusammenritt der Nationalversammlung von vornherein völlig aussichtslos erscheinen müssen.

Veränderungen am Reichswahlgesetz. Infolge Vordatierung der Wahl für die Nationalversammlung vom 19. Februar auf den 19. Januar waren einige Veränderungen am Reichswahlgesetz notwendig, welche die Interessen der Wählerschaft und der Parteileitungen nach Möglichkeit wahren. Demnach ist in Paragraph 2 der Verordnung bestimmt, daß die Wählerlisten zu jebermanns Einsicht am 30. Dezember auszuliegen sind, aber die für die Wählerschaft wichtige Dauer der Auslegung von 8 Tagen bleibt bestehen. Nach Paragraph 2 sind Einsprüche gegen die Wählerlisten durch die Behörden binnen einer Woche zu erledigen. In Paragraph 3 der Verordnung sind die Wahlvorschläge spätestens am 4. Januar beim Wahlkommissar einzureichen. Damit ver-längert sich die Zeit für die Einreichung von 21 auf 15 Tage, eine Maßnahme, die den Parteien die Mög-

lichkeit gibt, ohne Ueberbürdung ihre Kandidatenlisten in Ordnung zu bringen. Die Wahlkommissare haben die Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort zu erlassen. Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge miteinander kann nach wie vor spätestens 7 Tage vor dem Wahltag bei dem Wahlkommissar schriftlich erklärt werden. Ebenso können die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen nur bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag beseitigt und Bewerber, gegen deren Wahlbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags dies schriftlich beantragt. Somit wird die Beschleunigung der Wahlen für die Wählerschaft und die Arbeit der Parteien ohne nachteiligen Einfluß bleiben.

Ein neuer Staatssekretär des Auswärtigen.

Ernennung des Grafen Brodorff-Rankau.

Als Nachfolger von Dr. Wolf ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Graf Brodorff-Rankau zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt worden.

Wie die Ernennung des Grafen Brodorff-Rankau zum Staatssekretär des Auswärtigen Umstand zeigt, hat der Rat der Volksbeauftragten sich der Einsicht nicht verschlossen, daß bei der Besetzung dieses im gegenwärtigen Augenblick überaus wichtigen Postens nicht parteipolitische Rücksichten maßgebend sein dürften. Allerdings hätte er den Grafen Brodorff-Rankau schwerlich ernannt, wenn nicht bekannt wäre, daß der bisherige Gesandte in Kopenhagen seinen politischen Ansichten nach zwar nicht Sozialist ist, aber doch sehr entschieden links steht und trotz seines Grafentitels durchaus zu den überzeugten Anhänger einer demokratischen Republik zählt. Graf Brodorff-Rankau ist 49 Jahre alt. Er hat als Gesandter in Kopenhagen mit der dänischen demokratischen Regierung ausgezeichnete Beziehungen unterhalten und ist, wegen der Behandlung der Dänen in Preußen und wegen der Verleserfragen, mit der preussischen Regierung wiederholt sehr scharf angefeindet. Er war während des Krieges gegen die Gewaltspolitik und den Annexionalismus, und er wird bei den Friedensverhandlungen zweifellos mit der dringend notwendigen Energie den deutschen Standpunkt zu verteidigen verstehen.

Zur inneren Lage.

Die Zustände in Braunschweig.

Die vom Braunschweiger U. und S.-Rat herausgegebene Braunschweigische Sozialistische Landeskorrespondenz schreibt in ihrer ersten Nummer: Die Regierung des Landes Braunschweig wird auch nach den Landtagswahlen in den Händen des U. und S.-Rates bleiben. Der Landtag hat lediglich gesetzgebende Tätigkeit auszuüben. Diese gesetzgebende Tätigkeit des Landtages kann nur darin bestehen, die Ziele der Revolution durchzuführen und zu verwirklichen. Jeder Landtag, der dieser Aufgabe nicht gerecht werden würde, der sich anmachen würde, darüber zu debattieren, ob der Sozialismus durchgeführt werden soll, würde sich in Widerspruch setzen zu der Regierung des Landes. In diesem Falle würde nicht die Regierung abtreten, sondern der Landtag würde abtreten. Das Volkskommissariat des Innern steht auf dem Standpunkt, daß also der Landtag nicht verfassunggebend sein kann, daß er nicht über die Regierung des Landes bestimmen kann, sondern daß er lediglich ein Organ der bestehenden Landesregierung zur Durchführung der Ziele der Revolution ist. Ein Kommentar zu dieser „Ordnung“ ist überflüssig.

Deutsche Kämpfe mit den Sowjettruppen.

Ein neuer Heeresbericht.

Kein Krieg ist geräumt. In großen Teilen des Ostfront bringen in offenem Feind auf alle Geführungen und Berichtsreguläre Sowjettruppen nach und verfolgen die So-